

PARLAMENT AKTUELL

Newsletter des NR Abg. Gerhard Steier

30.11.2006



Mehr Informationen: www.gerhardsteier.at

Inhalt	Seite
I. Kurzinformation zur Plenarsitzung vom 29.11.2006	2-4
II. Aktivitäten	
a) Neuigkeiten aus der EU	5
b) Anfragen	5
c) Presse	5
d) Reden	5-7

I. Kurzinformation zu den Plenarsitzung vom 29.11.2006¹

In der **aktuellen Stunde** (Themenwahl SPÖ) wurden unter dem Titel „Kontrollverweigerung durch die Bundesregierung“ Maßnahmen für ein neues Verhältnis zwischen Parlament und Bundesregierung diskutiert. Die SPÖ regt die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Reform der Geschäftsordnung des Nationalrats an, die für mehr Transparenz und Partizipation im Parlament sorgen soll – wie z.B. durch öffentliche Ausschusssitzungen und Erleichterungen bei der Einbringung von Bürgerinitiativen.

Beschlossen wurde der Kompromiss zwischen SPÖ und ÖVP zur **Pensionserhöhung für 2007**:

zur Erhöhung um 1,6% kommt eine Einmalzahlung - gestaffelt zwischen 25 € und 60 € - dazu:

60 € für Personen bis 1.380 € Monatspension

45 € für Personen bis 1.920 € Monatspension

25 € für Personen über 1.920 € Monatspension

Außerdem sollen Mindestpensionen auf 726 € für Alleinstehende bzw. 1.091 € für Ehepaare angehoben werden (Ausgleichszulage).

Insgesamt bedeutet dieses Verhandlungsergebnis eine Erhöhung der Pensionen um 1,97 % (inklusive Ausgleichszulage 2,15 %) ; durch die Staffelung werden niedrige Pensionen um rund 2,2 %, Pensionen bis 1.400 € (drunter fallen mehr als 80 % aller Pensionen) um 1,9 % erhöht.

2007 wird es durch die größte Pensionserhöhung seit 10 Jahren erstmals seit dem Jahr 2000 zu keinem Reallohnverlust für PensionistInnen kommen.

¹ Alle Abstimmungsergebnisse noch vorläufig; endgültige Fassung ab Mitte Dezember unter www.parlament.gv.at abrufbar.

Die wesentlichsten Inhalte im Detail, nach Tagesordnungspunkten

4. Sitzung, Mittwoch, 29.11.2006

TOP 1. Wahl einer Ordnerin/eines Ordners

TOP 2. Wahl eines Mitgliedes der Volksanwaltschaft (3 d.B.)

Bestellung von H. Kabas zum neuen Volksanwalt für die kommenden 7 Monate; danach geht Nominierungsrecht für Bestellung der neuen Volksanwaltschaft an die Grünen
mehrheitlich (S-V-F)

TOP 3. Wahl ständiger Ausschüsse

TOP 4. Besoldungs-Novelle 2007 (4 d.B.)

Erhöhung Gehälter der Beamten und Monatsentgelte der Vertragsbediensteten samt Zulagen ab 1.1.2007 um 2,35 %
einstimmig

TOP 5. 2. Sozialrechts-Änderungsgesetz 2006 (8 d.B.)

Pensionserhöhung
Mehrheitlich, EntschlieÙung einstimmig

TOP 6. Pflege-Übergangsgesetz (5 d.B.)

Verwaltungsstrafbestimmungen, die Arbeitgeber/innen in privaten Haushalten bei der Beschäftigung von Pflegekräften betreffen, werden temporär außer Kraft gesetzt
mehrheitlich

TOP 7. Sicherstellung ausreichender Budgetmittel für das AMS (6 d.B.)

Förderbudget des AMS 2007 auf der Höhe des Jahres 2006
einstimmig **siehe Bereich Reden**

TOP 8. Olympia 2014-Ermächtigungsgesetz (7 d.B.)

Haftung für unvorhersehbare Ereignisse
mehrheitlich (S-V-F-B)

TOP 9. Erste Lesung – Antrag Grüne Zivilpakt-Gesetz (3/A)

rechtliche Absicherung von Beziehungen gleichgeschlechtliche Paare
Antrag wurde dem Justizausschuss zugewiesen

TOP 10. Erste Lesung Antrag Grüne Änderung AIVG (4/A)

Valorisierung Arbeitslosengeld und Notstandshilfe
Antrag wurde dem Sozialausschuss zugewiesen

TOP 11. Erste Lesung Antrag Grüne Änderung SchulorganisationsG (2/A)

Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen in VS, HS und in Polytechnischen Lehrgängen auf 25
Antrag wurde dem Unterrichtsausschuss zugewiesen

TOP 12. Erste Lesung G-Antrag soziale Absicherung von KünstlerInnen (17/A)

Einrichtung eines staatlichen Fonds zur Absicherung aller KünstlerInnen, die weniger als 900 € verdienen
Antrag wurde dem Kulturausschuss zugewiesen

TOP 13. Erste Lesung: BZÖ-Antrag Änderung SchulorganisationsG (32/A)

Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen
Antrag wurde dem Unterrichtsausschuss zugewiesen

TOP 14. Erste Lesung: BZÖ-Antrag Änderung Kinderbetreuungsgeldgesetz (33/A)

Abschaffung der Zuverdienstgrenze beim Bezug von Kinderbetreuungsgeld
Antrag wurde dem Familienausschuss zugewiesen

III. Aktivitäten

a) Neuigkeiten aus der EU

- **Aktualisiertes Register der Industrieemissionen;** internetgestütztes Register der Industrieemissionen in Luft und Wasser (Europäisches Schadstoffemissionsregister - European Pollutant Emission Register - EPER) wurde mit den neuesten Emissionsdaten von etwa 12 000 Industrieanlagen in ganz Europa aktualisiert.
<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/1618&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
 - **Zeitplan für die Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems (EU-ETS)** ; http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/pdf/com2006_676final_de.pdf
 - **UN-Konferenz zu Klimawandel in Nairobi**
http://ec.europa.eu/environment/climat/nairobi_06.htm
-

b) Anfragen

- **Politische Bildung** und Volkswirtschaft an Österreichs mittleren und höheren Schulen ([70/J](#))
 - Unterstützung der **Aktion „Ideen sind etwas wert“** durch das BMBWK ([113/J](#))
-

c) Presse

Gerhard Steier zu AMS-Budget, 29.11.2006

d) Reden

Abgeordneter Gerhard Steier (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Minister! Meine geschätzten Damen und Herren!

Das Recht auf Arbeit ist ein elementares Grundrecht. Da das in dieser Meinungsbildung eigentlich unbestritten ist, ist es auch nicht ungewöhnlich, dass wir uns gestern im Budgetausschuss auf eine parlamentarische Parteieneinigung aller im Parlament vertretenen Parteien, auf einen Entschließungsantrag versus einen Abänderungsantrag der Kollegen Neugebauer, Haubner und Heidrun Silhavy verständigt haben, der in der gegebenen Fassung die Situation des Arbeitsmarktservice verbessern will: weil

er nämlich das Förderbudget auf Basis 2006 erhalten und für 2007 das Regelbudget durch zusätzliche Sondermittel von 204 Millionen € erhöhen wird.

Meine geschätzten Damen und Herren! Im Jahr 2000 waren im Jahresdurchschnitt 222 899 Menschen arbeitslos gemeldet. Dementsprechend ist die Zahl bis zum Jahr 2005 mit der Meldung von 301 244 Personen explodiert und gleichzeitig ist die Jugendarbeitslosigkeit, die Zahl der Arbeitslosen von Jugendlichen unter 25 Jahren mit bis zu 70 Prozent gestiegen.

Angesicht dieser Arbeitslosenraten und deutlich gestiegener Jugendarbeitslosigkeit muss das AMS dafür sorgen, den Menschen Perspektiven für die Zukunft auf dem Arbeitsmarkt zu bieten. Das heißt, es ist festzuhalten, immerhin werden jährlich 1,5 Millionen Arbeitsplätze neu besetzt, und rund 800 000 ÖsterreicherInnen werden einmal pro Jahr arbeitslos. Mehrmalige Berufs- und Arbeitsplatzwechsel sind in einem Arbeitsleben heute zur Selbstverständlichkeit geworden, sie sind vielmehr schon Norm.

Das AMS muss daher, von uns aus gesehen, in der Lage sein, rasch und flexibel auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu reagieren und die Betroffenen, denen unsere ganze Unterstützung gehört, so zu unterstützen, dass sie wieder im Arbeitsprozess Fuß fassen beziehungsweise in diesen hineinkommen. Der Arbeitsmarkt ist, und das wissen wir, einer sehr hohen Dynamik ausgesetzt. Strukturwandel, immer höhere Anforderungen und Änderungen im Qualifikationsniveau sind nur einige der Problembereiche, denen wir begegnen müssen. Je treffsicherer das AMS agieren kann, umso besser sind die Chancen für die Kunden. Die Dotierung des AMS kann aber mit Sicherheit nur ein Teilaspekt in der gesamtproblematischen Auseinandersetzung sein.

Meine geschätzten Damen und Herren! Zu einer Politik, die länger dauernder Arbeitslosigkeit vorbeugt, gehören Maßnahmen, die für Vollzeitarbeitsplätze sorgen. Sie alle kennen die aktuellen Daten, die einen Rückgang an Vollzeitarbeitsplätzen und massive Zuwächse bei Teilzeitarbeit aufzeigen. Schlecht bezahlte, oft prekäre Arbeitsverhältnisse mit mangelnder Absicherung, führen zur Zunahme der Zahl der Working Poor, von Personen, die trotz Erwerbsarbeit über kein ausreichendes Einkommen verfügen und denen die soziale Ausgrenzung und Armut drohen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Das heißt, wir brauchen mehr öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Bildung, aber auch lebenslanges Lernen und betriebliche Weiterbildung, die die ArbeitnehmerInnen dabei unterstützen, ihr berufliches Know-how an die Anforderungen der Unternehmen anzupassen. Wir brauchen den Ausbau der Finanzierung für die Arbeitspolitik, um wirklich neue Instrumente zur Bekämpfung dauerhafter Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt einsetzen zu können.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ein langfristig erhöhtes Förderbudget des AMS wird den Ausbau der beruflichen Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen und Arbeitssuchenden ermöglichen. Daher darf ich mich schon im Vorfeld für die Unterstützung in Form der höheren Dotierung von Mitteln bedanken, denn diese stellen eine echte Hilfe für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dar. Dass wir uns hier einig sind, ist in Zeiten wie diesen mehr als erfreulich. – Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Suzana Lascsak-Kerec, Büro Abg.z.NR Gerhard Steier

Parlament, 1010 Wien

Telefon: 40110-3661; 0664 3001714

e-Mail: suzana.lascsak-kerec@parlament.gv.at